

„Was lange währt, wird endlich gut“

Bürgerhaus Gründau:
CDU begrüßt PV-Anlage

Gründau (re). Die Gründauer CDU freut sich über die Mitteilung von Rathauschef Gerald Helfrich, das Bürgerzentrum in Lieblos mit einer Solaranlage auszustatten.

„Wir sind sehr froh, dass unser Anliegen endlich Gehör gefunden hat“, sagt Christoph Engel, stellvertretender Vorsitzender der CDU Gründau, in einer Pressemitteilung. „Wir haben bereits im Jahr 2017 einen Prüfantrag gestellt, um die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer Solaranlage für das Bürgerzentrum und die anderen öffentlichen Gründauer Gebäude zu untersuchen. Leider hat es viel zu lange gedauert, bis der Bürgermeister nun endlich reagiert hat.“

Die CDU sehe in der Solaranlage eine Chance, die Energiekosten für das Bürgerzentrum zu senken und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wie Parteichef Markus Kern erläutert, sei das Bürgerzentrum ein wichtiger Treffpunkt für die Menschen in der Gemeinde. „Mit einer Solaranlage können wir zeigen, dass wir uns für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung unserer Gemeinde einsetzen“, sagt Kern. „Hätte der Bürgermeister vorausschauend und zukunftsorientiert gehandelt und den Beschluss der Gemeindevertretung zeitnah umgesetzt, hätte eine PV-Anlage bereits im Jahr 2019 installiert sein können. Seitdem wären rund 600000 Kilowattstunden Strom produziert worden. Dies entspricht 320 Tonnen CO₂ oder dem jährlichen CO₂-Ausstoß von etwa 190 Autos, die seitdem nicht eingespart wurden“, meint Christoph Engel. „Um für die Zukunft gerüstet zu sein, hoffen wir, dass bei der Planung auch eine passende Speicherbatterie berücksichtigt wird. Nur mit dieser können wir unser Rathaus und unsere Infrastruktur zukunftssicher und effizient betreiben. Dabei sollte die Umsetzung bitte nicht wieder rund sechs Jahre in Anspruch nehmen“, äußert sich CDU-Fraktionschef Johannes Heger in der Pressemitteilung der Christdemokraten.

„Die Zeit der Lollis ist vorbei“

Linsengericht: Kompromiss im Streit um Förderung von Tennisclub gefunden

Linsengericht (jol). Mit den Stimmen von SPD und BGL ist am Dienstagabend der Linsengerichter Haushaltsplan 2024 verabschiedet worden. Ein Minus von 5,5 Millionen Euro und Kreditaufnahmen in ähnlicher Größenordnung zeigen, wie prekär die finanzielle Situation der Gemeinde ist. Davon zeugt auch die Debatte um die Förderung des Tennisclubs Rot-Weiß (TC). Hier fanden die Parlamentarier einen Kompromiss.

Im Dezember und Januar hatten die Mitglieder des Linsengerichter Hauptausschusses über die Förderung des TC diskutiert. Der Verein will seine Plätze so umgestalten, dass sie nicht nur ganzjährig nutzbar sind, sondern auch keine 1,5 Millionen Liter Trinkwasser mehr für die Pflege der Anlage benötigen. Auch das energieaufwendige Ziegelmehl soll der Vergangenheit angehören. Der Kompromiss vom Dienstagabend: Statt mit 250000 Euro fördert die Gemeinde den Club direkt mit 150000 Euro. Zudem gewährt die Kommune dem Verein ein zinsloses Darlehen in Höhe von 148000 Euro mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Eigentlich hatte der Verein eine direkte Förderung von 250000 Euro und ein Darlehen in Höhe von 48000 Euro beantragt. Die BGL-Fraktion hatte in einem Änderungsantrag gefordert, 100000 Euro in Richtung des Kredits zu verschieben.

Auf Antrag der AfD wurde in der Haushaltssitzung einzeln über die Anträge der Vereine abgestimmt. Timo Geppert (CDU) eröffnete die Debatte in Bezug auf einen Kommentar in der GNZ: „Ein Onkel, der einen Lolli hat, wird immer wieder eingeladen.“ Nur sei der „Onkel Gemeinde Linsengericht“ aktuell nicht in der finanziellen Situation, Förderungen in der erhofften Dimension zu gewähren.

Ein dickes Minus im Haushalt, Kreditaufnahmen und für 2025 geplante Steuererhöhungen stünden dem klar entgegen. Die Forderung des TC habe die Politik so vor eine schwierige Aufgabe gestellt. „Der Verein hat den Antrag vorbildlich vorbereitet, und ich kann die Planungen sehr gut nachvollziehen“, betonte Geppert. Man würde gerne



Gespannt verfolgen die Zuschauer die Debatte der Gemeindevertreter über die Förderung des Tennisclubs.

FOTO: LUDWIG

helfen und die Vereine weiter fördern. Neben dem Umweltschutz diene der geplante Umbau der Tennisplätze auch dazu, die laufenden Kosten für den Verein zu reduzieren. Geppert erklärte, den Antrag der BGL zu unterstützen. Man habe sich diese Entscheidung nicht leichtgemacht und viel darüber diskutiert.

Bei den Grünen sah dies in den vergangenen Tagen ähnlich aus. „Wir werden ebenfalls den Änderungsantrag der BGL unterstützen“, sagte Klaus Böttcher. Dabei verwies er darauf, dass viele Vorhaben, die dem Umweltschutz dienten und deutlich geringere Kosten verursachten, abgelehnt worden seien.

TC will kein Verein zweiter Klasse sein

Parlamentarier Michael Bollmann gab TC-Vorsitzendem Hermann Koloß die Möglichkeit, den Antrag seines Vereins zu begründen. „Wir wollen uns nicht als Verein zweiter Klasse fühlen“, betonte Koloß mit Blick auf die Summen, die die Gemeinde für den Eidengessäßer Sportplatz bereitgestellt hatte. „Die neuen Plätze ermöglichen uns auch eine Zusammenarbeit mit dem Behindertenwerk, um Rollstuhlnis anzubieten“, erklärte der Vorsitzende weiter. Zudem habe der Verein noch das Darlehen für den Bau des Sportgeländes abzutragen.

Mit der sich am Dienstag abzeichnenden Mehrheit für die Reduzie-

rung der direkten Förderung beantragte Detlev Roethlinger (SPD) eine Unterbrechung der Sitzung. Die Pause sollte eigentlich nur fünf Minuten dauern. Am Ende wurde sie deutlich länger. Hitzige Debatten in den Reihen der Politik wurden von ebenso lebhaften Gesprächen in den Zuschauerreihen begleitet. Und auch unter den zahlreichen Tennis Spielern, die die Sitzung verfolgten, zeigte sich zumindest Verständnis für die Zurückhaltung der Parlamentarier, grünes Licht für den Antrag des Vereins zu geben.

Für die Fraktionen war der Wunsch, dem Club trotz der angespannten Finanzlage helfen zu wollen, ein nervlicher Drahtseilakt. Am Ende stellte Heinz Breitenbach (BGL), der vor Wochenfrist mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion die Debatte ins Rollen gebracht hatte, den gefundenen Kompromiss vor: „Wir verlängern die Laufzeit des Darlehens von 20 auf 30 Jahre.“ Der Verein erhalte 150000 Euro direkte Förderung und ein Darlehen über 148000 Euro. Und auch wenn die Gemeinde nach den Worten von Timo Geppert eigentlich „nicht als Bank auftreten“ sollte, wurde die Einigung von den Parlamentariern geschlossen mitgetragen.

Erhard Hartmann (SPD) drückte noch einmal das Bedauern der Gemeindevertreter aus, dem Club nicht stärker helfen zu können. Immerhin: Mit dem gefundenen Kom-

promiss sei es aber möglich, das wichtige Projekt umzusetzen. Nach dem die Parlamentarier geschlossen grünes Licht für die Lösung gegeben hatten, gab es Applaus aus den Reihen des Tennisclubs.

Grundsatzdebatte über Förderung von Großprojekten nötig

Allerdings: Die Debatte hat gezeigt, dass der Gemeinde eine allgemeine Diskussion über die Förderung von Großprojekten aus den Vereinen ins Haus steht. „Die Zeit der Lollis ist leider vorbei“, betonte Timo Geppert. „Wir müssen auch nein sagen können.“ Doch im Regen stehen lassen wollte man Vereine, die ihre Zukunft gestalten, nicht.

Während alle Fraktionen sich lebhaft an der Debatte beteiligt hatten, wartete Jürgen Mohn (AfD) in der Sitzung lediglich mit dem Hinweis auf, dass sich Michael Bollmann als bekanntes Gesicht und langjähriger Vorsitzender des TC Linsengericht nicht an der Abstimmung beteiligen sollte. „Wenn ich noch direkt im Vorstand aktiv wäre, hätte ich das auch getan“, sagte der Parlamentarier. Aktuell befinde er sich als normales Mitglied ohne Verantwortung auf Führungsebene im Verein nicht in einem Interessenskonflikt. Am Ende hätte es ohnehin keinen Unterschied gemacht, ob Bollmann nun abstimmt oder nicht. (Ein Bericht über die Haushaltsdebatte folgt).

„Fast wie ein Schlag ins Gesicht“

Unmut in Linsengericht: Neue Parkplatzregelung an der „Alten Schule“ in Altenhaßlau sorgt für Ärger bei Vereinen

Linsengericht-Altenhaßlau (jol). Mitten in der Hochphase des Karnevals gibt es Ärger in Linsengericht. Jedenfalls ist die Freude über eine neue Empore für den Bürgersaal bei den „Haselnüss“ und den „Fidelios“ schnell verflogen. Der Grund: Eine neue Parkregelung am Altenhaßlauer Vereinshaus „Alte Schule“.

Erstaunt und verärgert zeigen sich die beiden Karnevalsvereine über die neue Parkplatzregelung am Vereinshaus. Der Grund: Von 6 bis 18 Uhr dürfen hier nur noch Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung ihre Autos abstellen. Vor allem die Jugendarbeit in der „Alten Schule“ wird hierdurch erschwert. Ein Umstand, der auch Thema im Karneval ist.

So hatte Claudia Zellmann als neue Protokollerin bei den „Fidelios“ die neue Parkregelung bereits am Samstag angesprochen. Kurz darauf meldete sich auch der Vorsitzende der „Haselnüss“ zu Wort. Markus Mann zeigt sich von der Installation der Schilder erstaunt. „Wir haben regelmäßig Kinder- und Jugendgruppen, die in der alten Schule trainieren“, betont er im Gespräch mit der GNZ. Die Trainerinnen könnten nicht mehr am Gebäude parken. Das Holen und Bringen



Das neue Parkschild ...

der Jugendlichen durch die Eltern werde so unnötig erschwert. Zwar könne er verstehen, dass die Parkplätze für die Mitarbeiter des Rathauses benötigt würden. Allerdings: Vereinen einen solchen Stein in den Weg zu legen, ohne zuvor das Gespräch zu suchen, werfe alles wieder um, was auf der anderen Seite aufgebaut worden sei.

„Natürlich sind auch unsere Trainerinnen betroffen. Und der Folkloregruppe mit den Minis geht es genauso“, ergänzt der „Fidelio“-Vorsitzende Heinz Bortheiser. Beide Fastnachtsvereine waren schon von



... an der „Alten Schule“ sorgt für Unmut bei den Vereinen.

FOTO: LUDWIG

der neuen Bestuhlung im Bürgersaal nicht begeistert. Auch hier habe keine Kommunikation mit den Ehrenamtlichen stattgefunden, betonten die Vereinsvertreter. Durch die breiteren Stühle finden mittlerweile 35 Gäste weniger Platz bei den Sitzungen. Dennoch müssen diese enger sitzen, was das Aufstehen erschwert, damit die Zuschauerzahl nicht noch weiter reduziert werden muss.

Für die beiden großen Vereine sowie für die gesamte Vereinsgemeinschaft sei die neue Parkregelung fast wie ein Schlag ins Gesicht, sind

sich die beiden Vorsitzenden einig. Denn diese gilt an allen Wochentagen, also auch samstags und sonntags von 6 bis 18 Uhr. Den Vereinen sei durchaus bewusst, dass durch die Rathausenerweiterung Veränderungen notwendig geworden seien. Der Platz vor der „Alten Schule“ wird auch von Anwohnern genutzt. Und: Die Parksituation im Gebiet ist ohnehin schon prekär.

Die aktuelle Regelung gehe allerdings deutlich zu weit. „Gemeinsam hätte man sicher eine deutlich bessere Lösung finden können, aber es wurde nicht mit uns geredet“, sagt

Markus Mann. Die Vereine seien von den Schildern und Markierungen überrascht worden. Und die Situation ist noch problematischer: Da die neue Regelung so rigide ist, dürfen auch Feuerwehrmitglieder im Einsatzfall hier tagsüber nur noch parken, wenn sie über eine entsprechende Genehmigung verfügen. Das Problem: Im kommenden Jahr fällt auch der Platz hinter der Feuerwache weg, da hier ein notwendiger Anbau errichtet werden soll. So gehen weitere Parkflächen verloren.

Und auch die neuen Parkplatzmarkierungen sorgen für Unmut. „Sie werden bei der Kerb und beim Weihnachtsmarkt sicher ein schönes Bild abgeben“, sind sich Mann und Bortheiser einig. Der alte Schulhof habe sich deutlich zum Negativen verändert. „Es sind diese Dinge, die uns immer wieder verärgern. Wir müssen einfach mehr miteinander reden, wenn es um so weitreichende Veränderungen geht“, sagt Markus Mann. Schon bei der Bestuhlung des Bürgersaales sei nicht mit den Nutzern gesprochen worden. Man habe zwar kein Recht darauf, eingebunden zu werden. Wer sich aber zur Aufgabe gemacht habe, die Vereine zu fördern, sollte zumindest bei einem Vereinshaus mit den entsprechenden Nutzern Kontakt aufnehmen, wenn gravierende Veränderungen anstünden.